



# Terrorismusbekämpfung

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

## Ziel

Die Polizei soll mit neuen Massnahmen vorbeugend eingreifen können, um terroristische Aktivitäten zu verhindern.

## Ausgangslage

Die Polizei kann heute nur beschränkt Massnahmen ergreifen, um **terroristische Aktivitäten** zu verhindern. Um dies zu ändern, hat das Parlament das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT-Gesetz) beschlossen.

Gegen das PMT-Gesetz wurde das Referendum ergriffen. Deshalb stimmen wir nun darüber ab.

## Was würde sich ändern?

Wird die Vorlage angenommen, tritt das PMT-Gesetz in Kraft. Das PMT-Gesetz sieht vor, dass Kantone, Gemeinden oder der Nachrichtendienst des Bundes Massnahmen gegen eine Person beantragen können. Es können folgende Massnahmen ergriffen werden:

- Verpflichtung, regelmässig an Gesprächen mit Fachpersonen teilzunehmen;
- Verbot von Kontakt zu Personen, die z.B. terroristische Aktivitäten befürworten;
- Verbot der Ausreise aus der Schweiz;
- Verpflichtung, sich regelmässig bei einer Behörde zu melden;
- Verbot, bestimmte Orte zu betreten oder zu verlassen;
- Verhaften von Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit, um ihre Ausschaffung sicherzustellen;
- Hausarrest: Eine Person darf dann z.B. eine Wohnung nicht mehr verlassen. Der Hausarrest muss beim Gericht beantragt werden. Er kann bewilligt werden, wenn es Hinweise gibt, dass die Person eine Gefahr für andere Personen darstellt und sie eine oder mehrere andere Massnahmen nicht eingehalten hat.

## Terroristische Aktivität

Als terroristische Aktivität versteht das PMT-Gesetz die Absicht, die staatliche Ordnung zu beeinflussen oder zu verändern. Dies kann entweder durch die Durchführung oder Androhung einer schweren Straftat, oder mit der Verbreitung von Furcht und Schrecken geschehen.



Ja

### Argumente der BefürworterInnen

- Die heutigen Massnahmen gegen terroristische Aktivitäten reichen nicht. Es braucht weitere Massnahmen, um die Bevölkerung zu schützen.
- Bei jeder Person wird einzeln geprüft, ob härtere Massnahmen ergriffen werden müssen. Zuerst werden jeweils mildere Massnahmen angewendet.
- Die Massnahmen schliessen eine Lücke in der aktuellen Strategie des Bundes zur Terrorismusbekämpfung.

Nein

### Argumente der GegnerInnen

- Die Definition von terroristischer Aktivität ist zu breit. Es ist willkürlich, ob eine politische Aktion als terroristische Aktivität gedeutet wird.
- 12-Jährige können von den Massnahmen betroffen sein. Das verstösst gegen internationale Kinder- und Menschenrechte.
- Das Gesetz ist gefährlich. Personen werden leicht verdächtigt, können ihre Unschuld aber nur schwer beweisen.

#### Nationalrat



**Ja**

112 Ja  
84 Nein  
0 Enthaltungen

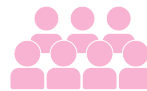
#### Ständerat



**Ja**

33 Ja  
11 Nein  
0 Enthaltungen

#### Bundesrat



**Ja**



Den Clip zur Vorlage und weitere Informationen findest du unter [easyvote.ch/pmt](https://easyvote.ch/pmt)

